

TÜRKEI: UMWELTBEWUSSTSEIN IST NOCH UNTERENTWICKELT

Jan Senkyr | Dirk Tröndle

Türkische Medien berichten seit einigen Jahren regelmäßig über den weltweiten Klimawandel und seine Auswirkungen insbesondere auf die Türkei. Dem Thema angenommen haben sich auch diverse nationale und internationale Umweltschutzorganisationen, sowie das türkische Umweltministerium und das Ministerium für Landwirtschaft und Dorfangelegenheiten. Vom Bildungsministerium wurden neue Lehrinhalte ausgearbeitet, in denen auch auf den Schutz der Umwelt und die Folgen des Klimawandels schon in den Grundschulklassen hingewiesen werden soll.

Vor den möglichen dramatischen Folgen des Klimawandels für die Türkei wird in den Medien oft gewarnt. Die Dürren der vergangenen Jahre, Missernten und die Wasserknappheit vor allem in Zentralanatolien werden von den Menschen wahrgenommen und mit Sorge verfolgt. Teilweise ist diese ernsthafte Lage hausgemacht, weil die intensive Bewirtschaftung mit exzessiver Bewässerung, die den Bauern bisher zwei Ernten jährlich ermöglichte, zu einer Senkung des Grundwasserspiegels geführt hat. Von den verantwortlichen Behörden in Zentralanatolien wurden z. B. über 35.000 illegale Brunnen aufgedeckt, aus denen unkontrolliert Wasser abgeschöpft wurde. Es werden eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, darunter auch von der EU teilfinanzierte Projekte, mit denen die Wasservergeudung durch undichte Leitungen oder der Verlust durch illegale Entnahmen um bis zu 50 Prozent verhindert werden soll. Etliche Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit Umweltfragen befassen, fordern die Bürger zum sparsamen Umgang mit Wasser auf, sie bieten dafür auch Dienstleistungen im Internet an und führen Aufklärungsaktionen durch. Dies wird jedoch nur ungenügend durch die Lokalverwaltungen und die Zentralregierung in Ankara unterstützt.

Städte und Gemeinden, wie z. B. Istanbul, Ankara und Izmir, suchen nach alternativen Wasserressourcen und verlegen Rohrsysteme zum Wassertransport aus Hochniederschlagsregionen. In einigen Regionen des Landes ist Wasser ausreichend vorhanden.

Die türkische Regierung lehnt aber weiterhin die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls zur Ausgestaltung der Klimakonvention ab. Sie verweist darauf, dass die Türkei mit ihrem Ausstoß von Treibhausgasen lange nicht zu den größten Emittenten gehöre, und sie be-



Intensive Bewirtschaftung und exzessive Bewässerung führen zunehmend zu Wassermangel.

trachtet die Reduktionsverpflichtungen als schädlich für die türkische Wirtschaft. Die Zivilgesellschaft übt zwar zunehmend Druck auf die Regierung aus, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen, bisher allerdings ohne Erfolg.

Für einen Großteil der Bevölkerung ist das Thema Klimawandel nur von ganz geringer Bedeutung. Viele Bevölkerungsteile wollen erst einmal am Wohlstand über einen längeren Zeitraum teilhaben, bevor sich eine ausreichende Konsumsättigung ergeben könnte, die zu einer Veränderung im Umweltbewusstsein führen würde. Umweltgerechtes Verhalten, bzw. Sensibilität für die Umwelt, sind bei vielen Menschen noch nicht ausreichend entwickelt. So ist z. B. ein traditionell beliebtes Mittel der Müllbeseitigung das Verbrennen.

Aber auch die türkische Industrie ist sich noch nicht der notwendigen Verantwortung bewusst, es mangelt sowohl an Abwasseranlagen als auch an Luftfilteranlagen. Zudem wird das Angebot an recyclebaren Produkten, Glasflaschen etc. von Seiten der türkischen Industrie nicht forciert, sondern weiter Plastik favorisiert. Zwar wurde eine umfangreiche Umweltschutznovelle verabschiedet, die alle türkischen Kommunen in einem 3–10 jährigen Zeitraum zum Bau von Kläranlagen und umweltverträglichen Mülldeponien verpflichtet. Für die nächsten 15 Jahre wird voraussichtlich eine Gesamtinvestition von mindestens ca. 60 Mrd. Euro erforderlich sein, damit das Land die umweltrechtlichen Standards der EU erfüllen kann. Woher die dafür notwendigen Finanzmittel kommen sollen, ist allerdings bislang nicht geklärt.

Als ein akutes Problem wird das Ausbleiben der Niederschläge in einigen Regionen und eine fortschreitende Versteppung und Verwüstung erkannt. Damit einher geht das Aussterben bzw. Abwandern von einigen Pflanzen- und Tierarten. Ebenso thematisiert werden in den Medien extreme Wettereinbrüche, Überschwemmungen und die immer wärmeren Winter. Am wenigsten scheint in der Türkei das Abschmelzen der Polargletscher und der Anstieg des

Meeresspiegels um einige Meter als Gefahr wahrgenommen zu werden, obwohl das Land fast 8000 Kilometer Meeresküste hat.

Auf den Stern-Bericht gab es keine Reaktionen, weil er in der Türkei nicht bekannt ist. Über den IPCC-Bericht jedoch wurde in den Medien berichtet und dessen Empfehlungen sind ein Thema für Diskussionen in Fachkreisen und Umweltforen.

ISRAEL: DAS THEMA WASSER STEHT IM VORDERGRUND

Lars Hänsel | Catherine Hirschwitz

Israel ist seit 1996 Mitglied im United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) und hat 2004 das Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Da Israel nur wenige Treibhausgase emittiert, kann das Land Emissionszertifikate verkaufen. Im Juni 2006 unterzeichnete Israel mit Deutschland ein Abkommen zum Handel mit Emissionszertifikaten im Rahmen des Clean Development Mechanism.

Seit zwei Jahren ist die israelische Regierung im Klimaschutz aktiv und finanziert vor allem Forschungsprojekte in diesem Bereich. Außerdem fand im letzten Jahr eine zentrale nationale Konferenz mit mehr als 250 Wissenschaftlern und Vertretern von Umweltschutzorganisationen statt, auf der die Auswirkungen des Klimawandels diskutiert wurden.

Anfang 2007 rief das Umweltministerium ein Treffen mit anderen relevanten Ministerien ein, um einen nationalen Strategieplan zum Klimawandel zu entwickeln. Auf diesem Treffen wurden Arbeitsgruppen vereinbart, um Forschungen zu speziellen Fragen des Klimawandels zu initiieren. Die ersten beiden Forschungsgruppen konzentrierten sich darauf, Daten zu erfassen und speziell die Beziehung von Wasserressourcen und Klimawandel zu erforschen. In den nächsten Monaten ist die Einrichtung weiterer Arbeitsgruppen geplant.

Die Politik in Israel ist in dieser Konfliktregion generell mit anderen Problemen als dem Umweltschutz befasst. Das Umweltministerium ist wohl der einzige wirkliche Akteur in diesem Themenbereich, wobei nun ein interministerieller Plan ausgearbeitet werden soll. Auch befassen sich einige Universitätsinstitute mit dem Klimawandel.



Israel hat mit längeren Trockenperioden zu kämpfen.

Israel hat zwei akute Hauptprobleme in diesem Zusammenhang: Auf dem Wassersektor geht es um die knapper werdenden Ressourcen in den Wasserreservoirs (Aquifer, See Genezareth), welche direkt von den jährlichen Regenmengen abhängig sind. Wesentlich ist hier der Einfluss auf die Landwirtschaft Israels.

Im Bereich des Energiesektors geht es darum, dass Israel aufgrund der politischen Situation an kein Netz mit den Nachbarn angeschlossen ist und die gesamten Energieverbraucher selbst absichern muss. Derzeit nutzt Israel 90 Prozent der Kapazitäten und ist damit sehr anfällig für klimatische Einflüsse wie kalte Winter oder heiße Sommer. Im letzten Sommer kam es zu großflächigen Energieausfällen.

Zu einem geringen Teil spielt auch das Ansteigen des Meeresspiegels eine Rolle: während das Rote Meer kaum Infrastruktur gefährden könnte, sieht man Infrastruktur und das Rekreationspotential von Stränden an der Mittelmeerküste durchaus als gefährdet an.